Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.

International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW)

Körtestr. 10
10967 Berlin
Telefon: 030/698 07 40
Telefax: 030/693 81 66
E-Mail ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de

Vorstand
Dr. Sabine Farrouh
Susanne Grabenhorst
Matthias Jochheim
Christoph Krämer
Dr. Martin Sonnabend
Reinhold Thiel
Ursula Völker
Dr. Jens Wagner
International Councillor
Dr. Helmut Lohrer
Deputy International Councillor
Dr. Eva-Maria Schwienhorst
Ehrenvorstandsmitglieder
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Wissenschaftlicher Beirat
Dr. Jan van Aken
Prof. Dr. Elmar Altvater
Prof. Dr. Andreas Buro
Dr. Dieter Deiseroth
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr
Dr. Heinz Loquai
Prof. Dr. Götz Neuneck
Prof. Dr. Norman Paech
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake
Prof. Dr. Otmar Wassermann

Auswärtiges Amt
Guido Westerwelle
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Berlin, 8. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Außenminister Westerwelle,

wir sind äußerst besorgt über die Lage der etwa 2.000 hungerstreikenden palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen. Sechs palästinensische Gefangene befinden sich nach Angaben der Ärzte für Menschenrechte Israel (Physicians for Human Rights Israel) inzwischen in derart schlechter gesundheitlicher Verfassung, dass sie in das Gefängniskrankenhaus von Ramleh verlegt werden mussten. Laut PHR habe keiner der sechs hungerstreikenden Häftlinge bislang Zugang zu unabhängigen Ärzten erhalten.

Die zwei Gefangenen Tha'er Halahleh und Bilal Diab verweigern aus Protest gegen ihre Verwaltungshaft bereits seit dem 29. Februar 2012 die Nahrungsaufnahme. Laut PHR sei ihre Gesundheit inzwischen schwer angegriffen. Abgesehen von einer Ausnahme, als am 9. April ein Mediziner von PHR die zwei Gefangenen aufsuchen konnte, blieben Tha'er Halahleh und Bilal Diab ohne Betreuung durch einen unabhängigen Arzt. Die Physicians for Human Rights Israel haben eindringlich an die israelischen Behörden appelliert, beide Gefangene in ein ziviles Krankenhaus zu verlegen, damit sie dort fachärztlich behandelt werden können. Der Oberste Gerichtshof Israel hat die Haftentlastung der hungerstreikenden Palästinenser gestern abgelehnt.

Mit Hassan Safadi, Omar Abu Shalal und Ja'afar Izz al-Din befinden sich noch drei weitere Insassen des Gefängniskrankenhauses von Ramleh im Hungerstreik. Ihnen wird ebenfalls die Betreuung durch unabhängige Ärzte verweigert. Auch Mahmoud al-Sarsak, den die israelischen Behörden auf der Grundlage des Gesetzes über illegale Kombattanten (Unlawful Combatant Law) ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Gewahrsam halten, wird im Gefängniskrankenhaus behandelt.

Diese Haftbedingungen widersprechen den internationalen Konventionen. Die deutsche Sektion der 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) appelliert an die deutsche Bundesregierung, sich für ein sofortiges Ende dieser Haftbedingungen stark zu machen.

Sehr geehrter Herr Westerwelle, bitte setzen Sie zudem gegenüber Ihrem israelischen Amtskollegen dafür ein, die Praxis der Verwaltungshaft, wie sie unter anderem im Gesetz über illegale Kombattanten vorgesehen ist, einzustellen, da eine solche Form der Haft gegen das im Internationalen Abkommen über bürgerliche und politische Rechte verbriefte Recht auf ein faires Gerichtsverfahren verstößt.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Jochheim, Vorsitzender der deutschen Sektion der IPPNW